



Michael Kauch MdB

Sprecher für Umweltpolitik
sowie Palliativ- und Transplantationsmedizin,
Vorsitzender des Bundesfachausschusses Soziales der FDP

Inhalt dieses Newsletters

- 1) Patientenverfügung: Ist eine Einigung in Sicht?**
- 2) Organspende: Freiheit für Nächstenliebe!**
- 3) Kauch beim Bundespräsidenten in Sachen Generationengerechtigkeit**
- 4) SPD treibt Biogasanlagen bewusst in die Pleite**
- 5) Antrittsbesuch beim neuen EU-Generaldirektor Umwelt**
- 6) Finanzkrise: nicht weniger, sondern besseren Klimaschutz**
- 7) Michael Kauch setzt sich für Reduzierung von Schiffsemissionen in Häfen ein**
- 8) Seminar Menschenrechte von Homosexuellen**
- 9) Kauch schreibt zum Thema Freiheit und Nachhaltigkeit**
- 10) Pressemitteilungen**

1) Patientenverfügung: Ist eine Einigung in Sicht?

Seit fünf Jahren ringt der Deutsche Bundestag um eine Einigung bei der gesetzlichen Regelung der Patientenverfügung. Drei Entwürfe liegen in dieser Wahlperiode dem Parlament vor. Das Für und Wider dieser Vorschläge wurde im März in einer Anhörung des Rechtsausschusses von Sachverständigen beleuchtet. Mit einem klaren Ergebnis: Eine Kombination der Entwürfe Stünker/Kauch und Zöller/Faust, die beide das Ziel der Selbstbestimmung eint, ist wünschenswert und möglich. Deutlich wurde auch, dass der Bosbach-Entwurf auf erhebliche Bedenken trifft. Das Erfordernis einer notariellen Beurkundung von Patientenverfügungen wurde von keinem der anwesenden Experten befürwortet.

Ein Kompromiss zur Patientenverfügung ist noch in dieser Wahlperiode des Bundestages möglich. Die Bürgerinnen und Bürger haben auch ein Recht darauf, dass endlich eine Entscheidung herbeigeführt wird. Leider vermeidet der Abgeordnete Zöller (CDU) bisher den Dialog. Die Gruppe um Stünker und Kauch wird jedenfalls alles daran setzen, die Selbstbestimmung des Patienten so weit wie möglich abzusichern und ist auch zu Kompromissen mit der Gruppe Zöller/Faust bereit.

2) Organspende: Freiheit für Nächstenliebe!

Noch immer herrscht in Deutschland ein Mangel an Spenderorganen. 2008 ging die Zahl der Spender sogar um 9 Prozent zurück. 12.000 Menschen stehen auf den Wartelisten, davon 8.000 für eine Niere. Viele versterben in dieser Zeit. Während die meisten Organe nur nach dem Tod gespendet werden können, ist das bei Leber und Niere auch unter Lebenden möglich. Doch das Transplantationsgesetz setzt dem Helfen enge Grenzen. So dürfen nur Verwandte und enge Freunde einem Todkranken ein Organ spenden.

Die FDP-Bundestagsfraktion will das ändern. Dazu haben die Liberalen einen Antrag in den Bundestag eingebracht, mit dem Ziel, den Kreis der Spender zu erweitern. So sollen bei Blutgruppenunverträglichkeit Ehepaare über Kreuz einem anderen Paar spenden dürfen. Auch Lebendspenden in einen Organpool sollen wie in den USA möglich werden. Richtig ist auch, die Nachrangigkeit der Lebendspende gegenüber der postmortalen Spende aufzuheben. Bei Lebendspenden besteht eine höhere Chance, dass das Spenderorgan besser und über einen längeren Zeitraum arbeitet. Die Liberalen wollen mehr Freiheit zum Helfen. Der Staat soll sich nicht einmischen, wenn sich Menschen zu einem Akt der Nächstenliebe entscheiden.

3) Kauch beim Bundespräsidenten in Sachen Generationengerechtigkeit

Als Mitinitiator der Gesetzesinitiative „Generationengerechtigkeit ins Grundgesetz“ besuchte Michael Kauch im März gemeinsam mit weiteren Kollegen Bundespräsident Horst Köhler zum einem Gespräch. In diesem erörterten die Parlamentarier noch einmal ihr Anliegen, Generationengerechtigkeit und Nachhaltigkeit als Staatsziel im Grundgesetz zu verankern.

Das Ziel der anvisierten Grundgesetzänderung besteht darin, die Bedürfnisse der heutigen Generationen mit den Lebenschancen künftiger Generationen zu verknüpfen. Damit wird die Absicht verfolgt, Gestaltungsspielräume heutiger und künftiger Generationen in ein ausgeglichenes Verhältnis zu bringen und den Staat aufzufordern, durch sein Handeln verstärkt auch die Interessen künftiger Generationen zu schützen. Mit der Aufnahme der Staatsziele Generationengerechtigkeit und Nachhaltigkeit ins Grundgesetz würde dem Gesetzgeber die Aufgabe gegeben, generationengerechte Politik zu verwirklichen. Bundespräsident Köhler äußerte im Gespräch mit Michael Kauch seine Unterstützung für das Anliegen.

4) SPD treibt Biogasanlagen bewusst in die Pleite

Der Unterausschuss des Deutschen Bundestages hat am 6. Mai über einen Gesetzentwurf der FDP abgestimmt, mit dem der rückwirkende Eingriff in die Förderung von Biogas-Anlagen durch das EEG 2009 aufgehoben werden sollte.

Im Vertrauen auf die EEG-Vergütungssätze haben zahlreiche mittelständische Unternehmen modulare Biogas-Anlagen gebaut. Das EEG 2009 führt nun dazu, dass zum Zweck der Vergütungsermittlung mehrere kleine Anlagen wie eine große behandelt werden. Das bedeutet eine erhebliche Absenkung der Vergütung. Diesen Bruch des Vertrauensschutzes lehnt die FDP-Bundestagsfraktion ab. Die CDU/CSU hat ihren Fehler bei der EEG-Novelle inzwischen eingesehen und der FDP in der Sache Recht gegeben. Ausschließlich aus Koalitionsraison hat die Union mit der SPD gegen das Gesetz gestimmt. Damit nimmt die Koalition die Insolvenz mittelständischer Investoren bewusst in Kauf.

Die Koalition trifft nicht nur die Betreiber von Altanlagen. Sie gefährdet auch das Vertrauen in die Finanzierungsbedingungen für erneuerbare Energien generell. Denn wer weiß, ob der Gesetzgeber beim EEG nicht erneut rückwirkend eingreift? Ein fatales Signal in der aktuellen Wirtschaftskrise. Auch die Bundesländer haben sich für die Bestandsanlagen eingesetzt und einen Gesetzentwurf vorgelegt. Die FDP fordert die Koalition auf, doch noch Vernunft anzunehmen.

5) Antrittsbesuch beim neuen EU-Generaldirektor Umwelt

Michael Kauch machte am 16. April 2009 einen Antrittsbesuch beim neuen Generaldirektor Umwelt der EU-Kommission. Der Deutsche Karl Friedrich Falkenberg hatte zu Beginn des Jahres das Amt übernommen, nachdem er zuvor für Handelsfragen zuständig war.

In dem einstündigen Gespräch ging es insbesondere um die UN-Klimaverhandlungen, die Behandlung energieintensiver Unternehmen beim Emissionshandel und die Öko-Design-Richtlinie. Michael Kauch drängte darauf, dass die Umsetzung des EU-Klimapakets so erfolgt, dass energieintensive Unternehmen wie die Chemieindustrie sachgerecht von der Versteigerung ausgenommen werden. Außerdem kritisierte er den zunehmenden Weg der EU-Umweltpolitik ins Ordnungsrecht, den die PkW-Flotten-Grenzwerte und die neue Öko-Design-Richtlinie deutlich machen. Er plädierte stattdessen für marktwirtschaftliche Instrumente, insbesondere die Ausweitung des Emissionshandels auf Verkehr und Wärmesektor.

6) Finanzkrise: nicht weniger, sondern besseren Klimaschutz

„Die Finanzkrise ist kein Grund für weniger Klimaschutz“, so Michael Kauch bei einer Veranstaltung am 15.4.2009 in der Vertretung des Bundestages in Brüssel. Vor 50 Vertretern aus Wirtschaft und EU-Kommission verlangte Kauch aber effizientere Instrumente im Klimaschutz. Statt Ordnungsrecht à la Öko-Design-Richtlinie brauche man eine Ausweitung des Emissionshandels auf Verkehr und Wärmemarkt. Kauch lehnte neue Konjunkturpakete ab, „auch wenn sie grün angestrichen sind“.

Stattdessen brauche man klare Entscheidungen, um Planungssicherheit. Bei den Detailentscheidungen zum Emissionshandel müsste die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Chemieindustrie gewahrt werden. Zudem müsse das deutsche CCS-Gesetz vor der Sommerpause kommen. „Vor allem aber müssen wir die UN-Klimakonferenz in Kopenhagen zu einem Erfolg führen. Dazu müssen auch ausreichende Mittel für den Technologietransfer in Schwellen- und Entwicklungsländer bereitgestellt werden. Nur so werden wir China und Indien ins Boot holen“, betonte Kauch.

7) Michael Kauch setzt sich für Reduzierung von Schiffsemissionen in Häfen ein

Nach einer Expertenanhörung der FDP-Bundestagsfraktion im März 2009 zum Thema Schiffsemissionen will Michael Kauch als umweltpolitische Sprecher nun noch stärker für eine Reduzierung von Schiffsemissionen in den Häfen einsetzen.

Hintergrund ist, dass Feinstaub und Abgase aus laufenden Schiffsmotoren die deutschen Häfen erheblich belasten. Mit einer landseitigen Stromversorgung von Schiffen könnte die Umweltsituation in den Küstenstädten deutlich verbessert werden. Doch während Straßen für schmutzige PKW gesperrt werden, passiert bei Schiffsemissionen zu wenig. Die FDP-Bundestagsfraktion wird sich deshalb in der nächsten Wahlperiode für die Landstromversorgung von Schiffen in Häfen einsetzen. Zugleich soll der Schiffsverkehr in den CO₂-Emissionshandel einbezogen werden. Energiewirtschaftlich ist der zusätzliche Strombedarf in den Häfen zu decken. Allerdings ist mit schwankender Nachfrage z.B. durch große Kreuzfahrtschiffe zu rechnen. Notwendig sind Stromanschlüsse an den Kais und Stromwandler im Hafenbereich, um den unterschiedlichen internationalen Standards auf den Schiffen gerecht zu werden. Damit es durch die Landstromversorgung nicht zu übermäßig höheren Kosten kommt, sollte der Strom steuerfrei an die Schiffe verkauft werden. Dies ist auch zu rechtfertigen, denn die bisher verwendeten fossilen Kraftstoffe sind ebenfalls steuerfrei.

8) Seminar Menschenrechte von Homosexuellen

„Menschenrechte von Homosexuellen oder Lifestyle Homosexualität?“ - unter diesem Titel veranstaltete die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit zusammen mit der Initiative Queer Nations jüngst ein Seminar in der Theodor-Heuss-Akademie in Gummersbach. Mitinitiator war Michael Kauch. Die Referenten und Teilnehmer gingen den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen auf den Grund, die dazu führen, dass in einigen Ländern Homosexuelle verfolgt, in anderen gleichgestellt werden. Fazit des Seminars: Sowohl die marktwirtschaftliche

Ordnung als auch eine weniger fundamentalistische Interpretation von Religionen begünstigt die Menschenrechtslage Homosexueller.

9) Kauch schreibt zum Thema Freiheit und Nachhaltigkeit

Mit seinem Beitrag zum Thema „Freiheit und Nachhaltigkeit“ bringt sich Michael Kauch im neu erschienenen Buch „Freiheit: gefühlt – gedacht – gelebt“ in die Wertediskussion in der FDP ein. In dem von Philipp Rösler und Christian Lindner herausgegebene Werk beleuchtet er das liberale Verständnis von Nachhaltigkeit und beschäftigt sich mit dem ökonomischen, politischen, ökologischen und gesellschaftlichen Dimensionen des Begriffes. Das Buch ist kürzlich im Verlag für Sozialwissenschaften erschienen (ISBN 978-3-531-16387-1).

10) Aktuelle Pressemitteilungen

Im Folgenden erhalten Sie eine Übersicht der Pressemitteilungen, die Michael Kauch als Abgeordneter in den vergangenen Wochen herausgegeben hat. Die vollständigen Texte finden unter www.michael.kauch.de in der Rubrik Presse-Lounge/Pressemitteilungen.

- 06.05.2009: BRUNKHORST / KAUCH: SPD treibt Biogasanlagen bewusst in die Pleite
- 06.05.2009: KAUCH: Organ-Lebendspende erleichtern, nationale Kompetenzen in EU sichern
- 29.04.2009: KAUCH: Lärmschutz bleibt Aufgabe für nächste Wahlperiode
- 16.04.2009: KAUCH: Keine neue Energiesteuer-Richtlinie der EU unter dem Deckmantel des Klimaschutzes
- 06.04.2009: Liberaler Helmut Metzner in den LSVD-Bundesvorstand gewählt
- 03.04.2009: KAUCH: FDP verhindert Ausschluss von Lebenspartnerschaften beim Bürgerentlastungsgesetz
- 31.03.2009: Warum der Kapitalismus den Schwulen und Lesben nützt „Menschenrechte von Homosexuellen oder Lifestyle Homosexualität?“
- 25.03.2009: KAUCH: Neues Biokraftstoff-Quotengesetz schadet Umwelt und Arbeitsplätzen
- 25.03.2009: FDP unterstützt Bundespräsidenten bei Forderung nach ökologisch-industrieller Revolution
- 24.03.2009: KAUCH: Frage des Vertrauensschutzes bei Biogas-Förderung muss politisch entschieden werden

Impressum

Michael Kauch, MdB	Tel.: 030/227-70535
Deutscher Bundestag	Fax: 030/227-76535
Platz der Republik 1	E-Mail: michael.kauch@bundestag.de
11011 Berlin	Web: www.michael-kauch.de

Sollten Sie zukünftig keinen Newsletter mehr erhalten wollen, schreiben Sie doch bitte eine formlose Email an folgende E-Mail-Adresse: michael.kauch.ma03@bundestag.de.